

Einen **Importstopp für lebende Schlachtrinder** fordert Karl Keping, Präsident des Unabhängigen Bauernverbands (UBV). Die Ausfuhr österreichischer Rinder sei zum Erliegen gekommen, doch noch immer liefen die Einfuhren aus Osteuropa. Unverständlich ist, dass manche Schlachthöfe wegen Coronamaßnahmen über zu wenig Personal klagen, aber dennoch nicht auf die Einfuhren aus Tschechien verzichten. Eingebrochen ist laut Arge Rind der Absatz an die Gastronomie. Auch der Export vor allem von Kalbinnen und Kühen sei zusammengebrochen.

\*

Für eine erneute Verschiebung der Vorstellung der „**From-Farm-to-Fork**“-Strategie hat sich die Fraktion

der Europäischen Volkspartei (EVP) im EU-Parlament ausgesprochen. Sie hält einen Aufschub „bis mindestens nach dem Sommer“ für angebracht. Derzeit ist der 29. April für die Vorstellung vorgesehen. Die Strategie, würde den Landwirten in Europa „neue Regeln und Beschränkungen“ auferlegen, gab die EVP-Fraktion zu bedenken. Gleichzeitig müssten die Bauern wegen des Corona-Geschehens die Lebensmittelproduktion in Europa weiter sicherstellen. Der agrarpolitische Sprecher der Grünen im EU-Parlament, Martin Häusling, ist gegen eine Verschiebung.

\*

Die EU-Kommission hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, die **Freizügigkeit systemrelevanter**

**Arbeitskräfte**, wozu sie auch Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft zählt, sicherzustellen. Dazu hat sie eigene Leitlinien erlassen und damit auf die Einschränkungen der Reisefreiheit und Grenzsicherungen im Binnenmarkt reagiert, die EU-Länder wegen der Corona-Pandemie zunehmend erlassen haben. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen appellierte an die Mitgliedstaaten, im Sinne der gesamten Union einer Lösung nicht im Wege zu stehen. Allerdings müssen Landwirte für einen angemessenen Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitskräfte auf ihren Höfen sorgen.

\*

Die Coronakrise verlangt mehr Mittel im EU-Haushalt für die kom-

menden Jahre, meint die Europäische Kommission. Sie wies ihren Vorschlag für das **1. Jahr der Jahre 2021 bis 2027** zurück. Bisher hatte die Kommission vorgeschlagen, die Mittel um 5 % zu kürzen. In der Coronakrise sollen Wirtschaftshilfen nun wieder werden.

Im neuen Vorschlag wird das Paket zur Ankurbelung der Wirtschaft gegeben, heißt es. Die Pläne der Kommissionspräsidentin auf den EU-Agrarhaushalt auszuweiten, ist noch unklar. Es scheint, dass die Kommission die vorgeschlagene Kürzung um 5 % im EU-Agrarhaushalt nicht nimmt.